Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1951

65 (17.3.1951)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landsmann gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang — Samstag, den 17. März 1951 — Nr. 65

Fast 6,6 Milliarden DM Besatzungskosten

Allein 1,6 Milliarden für Neubauten — Verteidigungsgespräche wurden vertagt

Bonn (UP). Die drei Westmächte haben der deutschen Bundesregierung am Freitag den neuen Besatzungskosten-Haushalt für das kommende Rechnungsjahr zugeleitet und darin Forderungen in Höhe von fast 6,6 Milliarden DM erhoben.

Diese Summe liegt um 1132 Millionen DM über den Belastungen des jetzt auslaufenden Etatjahres und schließt Deutschlands finanziellen Beitrag zur Verteid ung ein. Die einzelnen Posten für die Zeit vom 1. April 1951 bis zum 31. März 1952 setzen sich wie folgt zusammen: 1. Besatzungskosten 4708 Millionen DM, 2. Auftragsausgaben 271 Millionen DM, 3. Neubauten für Besatzungstruppen 1616 Millionen DM; die Gesamtbelastung beläuft sich demnach auf 6595 Millionen DM.

In einem Schreiben an den Bundeskanzler begründen die drei Hohen Kommissare die Erhöhung der Besatzungskosten mit der Verstärkung der Besatzungstruppen als Folge der von der Bundesregierung erbetenen Sicherheitsgarantie von den Westmächten.

Die deutsch-alliierten Vorbesprechungen über einen möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag wurden zwischen Sachverständigen der Hohen Kommission und der Bundesregierung am Freitag in Bonn forgeführt. Die nächste Sitzung wird jedoch erst am 6. April stattfinden.

Der schweizerische Bundesrat beschloß, die diplomatische Mission bei der alliierten Hohen Kommission in eine Gesandtschaft umzuwandeln. Die Ernennung des Gesandten wird in Kürze erwartet.

Die Bundesregierung beabsichtigt, eine Botschaft in den Niederlanden einzurichten. Ein diesbezügliches Schreiben des Bundeskanzlers ging dem Chef der niederländischen Mission in Bonn zu.

Bonn „grundsätzlich" im Europa-Rat

Aufnahme jedoch vertagt — Morrison braucht Bedenkzeit

Paris (UP). Das Ministerkomitee des Europa-Rates stimmte „grundsätzlich" der von Bonn beantragten Aufnahme der westdeutschen Bundesrepublik als vollberechtigtes Mitglied des Europa-Rates zu. Die endgültige Entscheidung über diese Frage wurde jedoch bis zur nächsten Zusammenkunft des Rates im Mai dieses Jahres zurückgestellt.

Die sofortige Aufnahme der Bundesrepublik in den Europa-Rat vereitelte der britische Außenminister Morrison, der erklärte, er habe noch nicht genügend Zeit gehabt, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Er wolle die Frage der Zulassung Deutschlands vorher mit seiner Regierung besprechen.

Das Ministerkomitee hat einen Beschluß über die schon lange vorgeschlagene Revision der Statuten des Europa-Rates verschoben, in der eine Erweiterung der Kompetenzen der europäischen Versammlung vorgesehen ist. Es überwies diese Angelegenheit dem gemischten Ausschuß zur Beratung. Großbritannien und die skandinavischen Staaten sind gegen eine Erweiterung der Befugnisse der Versammlung, durch die sie gewisse beschränkte Rechte erhalten soll.

Ramcke-Prozeß beginnt

Die militärgerichtliche Verhandlung gegen den früheren deutschen General Hermann Ramcke wird am Montag in Paris eröffnet. Die Anklage erfolgt wegen angeblichen Plünderungen, Brandschatzungen und Unterdrükkungsmaßnahmen in Brest, als Ramcke Kommandant dieser Festung war. Das siebenköpfige Richterkollegium steht unter dem Vorsitz eines Zivilrichters, doch gehören ihm drei Generale an.

Verkehrsstreik in Paris

Die Angestellten der Pariser Omnibuslinien und der Untergrundbahn legten die Arbeit nieder, so daß Millionen Pariser dazu gezwungen waren, sich zu Fuß, per Taxi oder im Privatwagen zur Arbeit zu begeben. Die Streikenden wollen eine allgemeine Erhöhung ihrer Löhne um 6000 Francs monatlich erreichen. Die Streikbewegung wird vom sozialistischen, vom christlichen und vom kommunistischen Gewerkschaftsverband unterstützt.

Der Streik, der 25te seit der Befreiung der Stadt im letzten Weltkrieg, hat beinah den ganzen Verkehr lahmgelegt. Die Regierung sah sich gezwungen, ungefähr 800 Militärlastwagen zu verwenden, um die Arbeiter zu ihren Arbeitsstellen zu bringen.

Zu dem Streik der Verkehrsarbeiter werden vielleicht in Kürze Streiks der Gas- und Elektrizitätsarbeiter sowie der Arbeiter und Beamten der Vorortbahn treten.

Ministerpräsident Queuille hat sich bereit erklärt, am Montag Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen. Die Regierung hat sich aber bereits außerstande erklärt, die Lohnforderungen in voller Höhe zu bewilligen, ohne neue Fahrpreiserhöhungen einzuführen.

Bundesrepublik in der ECOSOC

Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN

Santiago de Chile (UP). Mit 13 gegen 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde die deutsche Bundesrepublik auf der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN (ECOSOC) in die „Straßen- und Verkehrskonvention" aufgenommen. Gegen die Aufnahme der Bundesrepublik stimmten die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei. Die Philippinen und der Iran gaben keine Stimmen ab.

Außerdem hieß der Sozialausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates mit 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine französische Resolution gut, in der die Regierung der deutschen Bundesrepublik aufgefordert wird, eine Anzahl von ehemaligen Häftlingen nazistischer Konzentrationslager finanziell zu unterstützen.

Der „Stahlhelm" neu gegründet?

Frankfurt (UP). Der „Stahlhelm" ist am 24. Februar in einer geheimen Tagung in Frankfurt — wie United Press erfährt — neu gegründet worden. An der Gründungsversammlung sollen 30 Personen aus der Bundesrepublik teilgenommen haben. Dabei habe es sich — wie weiter verlautet — nur um ehemalige Offiziere und Angehörige des alten „Stahlhelms" aus der Zeit vor dem nationalsozialistischen Regime gehandelt. Zum Bundesführer ist angeblich Karl Simon aus Köln gewählt worden, der früher Theodor Düsterberg nahestand. Die Delegierten wurden beauftragt, örtliche „Stahlhelm"-Gruppen zu bilden.

Der neue „Stahlhelm" will ehemalige Frontsoldaten und Offiziere sammeln, die „auf kameradschaftlicher Basis den Übelständen in Deutschland zu Leibe rücken wollen". Zur Schaffung einer „aufrechten und lebenstüchtigen" Jugend will die Organisation einen freiwilligen Arbeitsdienst einführen.

Bundesrat ruft Vermittlungsausschuß an

Verlängerung der Landtagsperiode zweifelhaft - Flüchtlingsumsiedlung gebilligt

Bonn (UP). Mit einer Stimme Mehrheit beschloß der Bundesrat, in der Frage der Verlängerung der Legislatur-Periode der Landtage in Baden und Württemberg-Hohenzollern den Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat anzurufen. Es wurden Bedenken geäußert, ob eine solche Frage durch Bundesgesetz geregelt werden könne.

Der Bundesrat gab dem vom Bundestag bereits verabschiedeten Initiativgesetz zur Umsiedlung von rund 300 000 Flüchtlingen im Jahre 1951 aus den überbelegten Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern seine Zustimmung.

Die Länder Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sprachen sich für das Gesetz aus, während Baden, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern das Gesetz ablehnten und Rheinland-Pfalz sich der Stimme enthielt.

Staatspräsident Dr. Gebhard Müller, Württ.-Hohenzollern, und Minister Dr. Schmid, Nordrhein-Westfalen, warnten vor der Zustimmung zu dem Gesetz in seiner jetzigen Form, ohne daß die notwendigen finanziellen Voraussetzungen und die erforderlichen Wohnungen geschaffen seien. Als Vertreter des Bundesfinanzministers gab Staatssekretär Alfred Hartmann bekannt, daß für diese Umsiedlungsaktion noch 22 Millionen DM zu den bereits vorhandenen 175 Millionen DM bereitgestellt worden seien.

Im weiteren Verlauf seiner Sitzung billigte der Bundesrat die Erhöhung der Brotgetreidepreise um durchschnittlich 100 DM je Tonne. Die Mehrheit der Ländervertretungen stimmte ferner auf Antrag Hessens einer Entschließung zu, worin der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft ersucht wird, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumbrot zum gleichbleibenden Preis sicherzustellen.

Die Ländervertreter verweigerten schließlich eine Stellungnahme zu dem Regierungsentwurf über die Wahl der deutschen Delegierten zur Beratenden Versammlung des Europa-Rates. Nach dem Entwurf wählt der Bundestag die deutschen Vertreter im Europa-Rat aus seiner Mitte. Die Ländervertreter, halten jedoch auch die Entsendung von Persönlichkeiten, die nicht Mitglieder des Bundestages sind, sich aber bereits für die europäische Einheit verdient gemacht haben, für wertvoll.

Der Bundesrat billigte schließlich elf Verordnungen, die eine Verbrauchslenkung wichtiger Rohstoffe ermöglichen. Sie sehen unter anderem die Einführung einer Kundenliste beim Kohlenhandel, Vorschriften über die Vorratshaltung und Verwendung von Schrott sowie Lenkungsmaßnahmen für Edelmetalle vor.

SPD drängt Adenauer

Das Tauziehen um die endgültige Regelung des Mitbestimmungsrechts in den Grundstoffindustrien hat den Bundeskanzler zum ersten Mal in einer entscheidenden Frage in Opposition zu seinen eigenen Regierungsparteien gebracht, ihm auf der anderen Seite aber die Unterstützung durch die SPD gesichert.

In einer scharfen Erklärung gegen die „Verleugnung der Grundlagen der parlamentarischen Demokratie" durch die Regierungsparteien bei der Behandlung des Gesetzentwurfes über die Mitbestimmungsfrage warf die SPD-Fraktion der Regierungskoalition vor, den Vorschlag des Kabinetts entscheidend verschlechtert und entwertet zu haben. „Es ist ein unerträglicher Zustand" heißt es in der SPD-Entschließung, „daß die feierlich eingegangenen Versprechungen der Bundesregierung von sämtlichen Parteien der Regierungskoalition beiseitegeschoben wurden und nur die sozialdemokratische Opposition die Vorlage der Regierung unterstützt hat". Die SPD werde mit den Gewerkschaften auch weiterhin für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts kämpfen.

Inzwischen hat der Bundeskanzler erneut Beratungen mit den Sozialpartnern aufgenommen. Im Bundeskabinett wurde das Problem beraten, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden. Die Vertreter der Unterverbände haben vor der Verwirklichung eines zu weitgehenden Mitbestimmungsrechtes gewarnt, weil auf diese Weise ausländische Investitionen in Westdeutschland durch das Mißtrauen der Ausländer gegenüber einer solchen Regelung unmöglich gemacht würden.

Davies: Keine weiteren Konzessionen

Gromyko schießt scharf — Pariser Konferenz in der Sackgasse

Paris (UP). Nach der Freitagssitzung der Außenministerstellvertreter, der elften seit Beginn der Vorkonferenz, steht fest, daß über die beiden Hauptpunkte eines Tagesordnungsentwurfes zwischen Westen und Osten keine Einigung erzielt werden konnte.

Der britische Delegierte Davies teilte Gromyko im Namen der drei Westmächte mit, daß diese nicht in der Lage seien, weitere Konzessionen zu machen. Es handelt sich darum, daß Gromyko darauf besteht, in zwei separaten Punkten die „Entmilitarisierung Deutschlands" und „eine allgemeine Abrüstung" in die Tagesordnung aufzunehmen, während die Westmächte sie innerhalb eines größeren Rahmens diskutieren wollen. Davies sagte: „Falls die Sowjet-Union unseren letzten Tagesordnungsentwurf ebenfalls ablehnt, so könnten wir keinen anderen Eindruck als den gewinnen, daß die Sowjet-Union eine Tagung des Außenministerrates nicht wünscht".

Gromyko erwiderte darauf mit der schärfsten Rede, die er seit Beginn der Vorkonferenz gehalten hatte. „Falls Mr. Davies", so sagte er, „andeuten wollte, daß er nicht in der Lage ist, den augenblicklichen Entwurf abzuändern, dann möchte ich daran erinnern, daß eine solche Sprache auf einer Konferenz, an der die Sowjet-Union teilnimmt, nicht angebracht ist". Gromyko verwahrte sich ebenfalls gegen die Verdächtigung, daß die Sowjet-Union keine Tagung des Außenminister-Rates wünsche. Er erinnerte daran, daß es die Sowjet-Union gewesen sei, die zuerst eine Tagung der vier Außenminister angeregt habe.

Die Sitzung wurde mit einem Wortwechsel zwischen dem amerikanischen Delegierten Jessup und Gromyko beendet. Jessup stellte nocheinmal fest, daß Gromykos Tagesordnungsentwurf die aufgenommenen Themen präjudiziert. Gromyko forderte jedoch wieder, daß die Entmilitarisierung Deutschlands und die allgemeine Abrüstung als Hauptpunkte aufgenommen werden.

UN-Tagung in Paris

Die französische Regierung bot den Vereinten Nationen Paris als Ort für ihre nächste Vollversammlung an. Voraussetzung ist jedoch, daß die Vollversammlung nicht vor dem 6. November beginnt. Die Regierung stellte außerdem die Bedingung, daß die gesamte Sitzung in Paris selbst abgehalten werden muß und nicht — wie vorgeschlagen — zwischen Paris und anderen Städten aufgesplittert werden wird.

Die Vollversammlung der UN wird wahrscheinlich am kommenden Dienstag die Einladung der französischen Regierung annehmen.

Flugblätter in Barcelona. Die verhafteten Streikenden sollen bis auf 200 Personen freigelassen worden sein. Es wurden Flugblätter verteilt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, am 1. April — dem 12. Jahrestag von Francos Sieg im Bürgerkrieg — disziplinierte Demonstrationen zu veranstalten.

Neuer russischer Minister für landwirtschaftliche Maschinen wurde G. M. Popow. Sein Vorgänger Goremykin wurde entlassen.

Eine neue syrische Regierung soll der ehemalige Ministerpräsident Khaled el Asem bilden.

Diplomatie um den Vatikan

Von Eduard Funk

Man sagt von der vatikanischen Diplomatie, daß sie nicht in Jahren, sondern in Jahrhunderten zu denken gewohnt sei. Unauffällig, zäh und konsequent, aber mit weitem Blick und elastischen Mitteln pflegt sie zu arbeiten. Wenn ihre Aktivität in den letzten Monaten trotzdem der Weltöffentlichkeit deutlicher sichtbar geworden ist, so hat dies seine besonderen Gründe. Während die Kurie sich nach dem Kriege zunächst völlige Zurückhaltung auferlegte und den politisch-ideologischen Auseinandersetzungen der Großmächte abwartend zusah, mußte sie im Lauf der Jahre die Hoffnung, mit der sowjetischen Welt noch zu einem modus vivendi zu gelangen, endgültig begraben, nachdem die osteuropäischen Staaten durch ihren scharfen Kampf gegen die Kirchen zu erkennen gaben, daß sie jede Verständigung mit der römischen Hierarchie abzulehnen gewillt sind.

Trotzdem sind aber auch die Beziehungen des Vatikans zu den Westmächten noch von mancherlei Sorgen belastet. Der freundliche Empfang der Prinzessin Margaret von England durch Pius XII. war in diesem Zusammenhang eine wohlberechnete Geste. Die Führer der protestantischen Kirchen waren kurz zuvor bei König Georg vorstellig geworden und hatten von ihm verlangt, er möge den Besuch seiner Tochter beim Papst verbieten. Der König lehnte dieses Ansinnen ab, und zwar nicht nur, weil er seine Befolgung als eine grobe Unhöflichkeit gegenüber einem Souverän empfand, sondern es liegt ihm offenbar auch daran, die zwischen seiner Regierung und dem Heiligen Stuhl aufgetretenen Spannungen zu verringern. Als der Papst einen Nuntius als Doyen des Diplomatischen Korps in Wien ernennen wollte, protestierte Bevin dagegen, so daß der Kurie nichts anderes übrig blieb, als lediglich einen Geschäftsträger zu entsenden. Außerdem forderte England unlängst die Abberufung des Apostolischen Delegaten in Kairo mit der merkwürdigen Begründung, er sei Italiener und deshalb in Ägypten untragbar. Und wieder hat König Georg VI. die Initiative ergriffen: Kronprinzessin Elisabeth, die demnächst nach Rom reisen wird, hat bereits angekündigt, daß sie gleich ihrer Schwester dem Papst einen Besuch abstatten werde.

Umso zufriedener ist dagegen die Kirche mit den Zuständen in Spanien, das heute das zuverlässigste Bollwerk des Katholizismus darstellt. General Franco hat dem Klerus alle von ihm gewünschten Vorrechte eingeräumt und fördert überall dessen Interessen mit den Machtmitteln des Staates. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Kirche die stärkste Stütze des falangistischen Regimes wurde und auch die vatikanische Diplomatie sich für Franco einsetzt.

Dagegen ist Frankreich, das einst die „treueste Tochter der katholischen Kirche" war, ein Sorgenkind geworden. Das Absinken der Religiosität und der wachsende Einfluß atheistischer Philosophen auf das Geistesleben Frankreichs machen sich von Jahr zu Jahr deutlicher bemerkbar. Bereits 13 000 Gemeinden haben keinen eigenen Pfarrer mehr, weil es am Nachwuchs junger Geistlicher mangelt.

Ziemlich undurchsichtig ist das Verhältnis zwischen Rom und Washington. Präsident Roosevelt machte den ersten Schritt zur Anknüpfung besserer Beziehungen, indem er seinen vertrauten Freund Myron Taylor als seinen persönlichen Beauftragten nach Rom schickte. Truman knüpfte an diese Tradition an. Pius XII. zögerte daraufhin seinerseits nicht, den Friedenswillen des amerikanischen Präsidenten zu loben und die auf eine konstruktive Deutschland-Politik abzielenden Bestrebungen Achesons mit Beifall zu bedenken. Das Gerücht, der Papst wolle sogar den Erzbischof von New York, Kardinal Spellman, zu seinem Kardinalstaatssekretär ernennen, entbehrt allerdings jeder Grundlage. Spellmans seltsames Auftreten während seines letzten Besuches in Rom hat alle etwa vorhanden gewesenen Chancen dieser Art illusorisch gemacht.

Im vergangenen Jahr trat Myron Taylor von seinem Posten zurück, angeblich aus privaten Gründen. Die Diskretion um seine Tätigkeit in Rom macht jeden Versuch, sie aufzuhellen, zu einem müßigen Beginnen. Einigermaßen zuverlässig scheint lediglich die Information zu sein, Taylor habe die Stalin vom früheren amerikanischen Außenminister Byrnes zugeschriebene Scherzfrage bei der Jalta-Konferenz, wieviele Divisionen der Papst zur Verfügung habe, in gewisser Hinsicht beantwortet. In diplomatischen Kreisen will man jedenfalls wissen, Trumans Sonderbotschafter habe Pius XII. amerikanische Truppen zum Schutze der Vatikanstadt im Falle kommunistischer Unruhen in Italien angeboten, und es wurde sogar behauptet, er habe ihm ein amerika-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

nisches Avignon in Aussicht gestellt, wenn ein Krieg in Europa den Papst zwingen sollte, im Ausland eine Zuflucht zu suchen.

Zwar sieht man in manchen Kanzleien des Vatikans, in dem die italienische Geistlichkeit das absolute Übergewicht besitzt, nicht gerne, wenn der Papst sich auf gewisse Bindungen mit den USA einließe. Daher rührt auch vor allem die Opposition gegen Kardinal Spellman. Die USA sind ein vorwiegend protestantisches Land; Präsident Truman gehört der Sekte der Baptisten an. Aber die amerikanischen Katholiken finanzieren zu einem erheblichen Teil die Bedürfnisse des Heiligen Stuhls und — — der Papst braucht mächtige Bundesgenossen, die heute umso notwendiger erscheinen, als die katholischen Staaten in Europa keine siegverbürgenden Faktoren mehr sind, falls es einmal hart auf hart gehen sollte.

Der Plan Trumans, reguläre diplomatische Beziehungen zum Vatikan aufzunehmen, scheiterte am Widerstand der Protestanten. Er bedürfte nämlich zu diesem Zweck eines verfassungsändernden Gesetzes, für das im amerikanischen Senat niemals eine Mehrheit zu erlangen wäre. Infolgedessen dürfte wahrscheinlich in nächster Zeit der schon von Roosevelt eingeschlagene Ausweg begangen werden, daß Truman ebenfalls einen persönlichen Bevollmächtigten im Range eines Botschafters nach Rom entsendet.

Attlee muß ins Krankenhaus

Londons Hafen durch Streik stillgelegt

London (UP). Der britische Ministerpräsident Attlee wird sich am kommenden Mittwoch ins Krankenhaus begeben, um sich einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Der 68jährige Ministerpräsident leidet an Magengeschwüren.

Der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi ist von London nach Rom zurückgeflogen. Vor seiner Abreise sagte er, er sei „sehr befriedigt" über den Verlauf der Londoner Verhandlungen.

Der gesamte Betrieb im Londoner Hafen ist am Freitag zum Erliegen gekommen, nachdem Tausende von Hafenarbeitern in den Streik getreten sind.

Tschechoslowakei schließt Konsulate. Die Tschechoslowakei hat ihre Konsulate in Antwerpen und Lüttich geschlossen und deren Arbeitsbereich der tschechoslowakischen Botschaft in Brüssel übertragen, wie in dem Amtsblatt der Regierung bekanntgegeben wurde.

Papst Pius XII. empfing den Bundestagsabgeordneten Dr. Höfler, Freiburg, und die Abgeordnete Dr. Margarethe Bitter in Privataudienz. Ferner ernannte der Papst Benedetto Kardinal Aloisi Masella zum Protektor der „Schwestern der Heiligen Jungfrau und St. Katharina", deren Mutterhaus sich in Deutschland befindet.

Ölentscheidung vor iranischem Senat. Es ist zu erwarten, daß der iranische Senat am Samstag das Gesetz zur Verstaatlichung der Ölindustrie verabschieden und einstimmig billigen wird.

Auf befriedigende Regelung in Marokko hofft Indien in einer Erklärung des Ministerpräsidenten vor dem Parlament. Nehru erinnerte daran, daß die alliierten Mächte während des Krieges Marokko die Unabhängigkeit versprochen hätten.

Zwei polnische Regierungsbeamte wurden von einem Militärgericht in Stettin zum Tode verurteilt, weil sie geheime Pläne über den Wiederaufbau und den Ausbau des Hafens Stettin an einen britischen Vize-Konsul, der nur als „Walters" identifiziert wurde, weitergegeben hatten.

Endgültige Festsetzung der Getreidepreise

Ernährungsdebatte im Bundestag — Kohlenpreise verlängert

Bonn (UP). Der Bundestag billigte am Freitag die von der Regierung beschlossene Erhöhung der Festpreise für Weizen auf 426 DM, für Roggen auf 380 DM je Tonne.

Gegen die Erhöhung sprach sich besonders der Vertreter der SPD aus, er lehnte die einseitige Preissteigerung mitten im Wirtschaftsjahr ab. Diese Maßnahme bringe nur Nachteile für die Verbraucher mit sich, verbessere die Lage in der Landwirtschaft aber nicht entscheidend. Bundeslandwirtschaftsminister Niklas erklärte, die Preise für Konsumbrot würden auf alle Fälle gehalten, die anderen Brotsorten nur geringfügig verteuert werden. Die Sprecher der Regierungsparteien befürworteten den Beschluß der Regierung. Niklas wies auf die erhöhte Kostenlage hin und betonte, die landwirtschaftlichen Löhne müßten dem Lohnniveau in der gewerblichen Wirtschaft angeglichen werden. Deshalb müßten gerade die Getreidepreise erhöht werden.

Weiter verspreche man sich von der Preissteigerung eine größere Bereitwilligkeit der Landwirte zur Ablieferung der Erntebestände, die für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Brot außerordentlich wichtig sei. Außenpolitisch müsse auch berücksichtigt werden, daß Deutschland weitgehend von den Weizenlieferungen aus Amerika abhängig ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen vor allem der SPD und KPD Verordnungen zur Verlängerung der Geltungsdauer der erhöhten Preise für Kohle und Roheisen. Nach Ansicht der SPD hat sich das Kostengefüge in den Grundstoffindustrien zu Gunsten der Erzeuger verändert. Die Beibehaltung der „überhöhten Preise" über den 31. März 1951 hinaus erscheine nicht mehr gerechtfertigt.

Die Beratung des Antrages der Kommunisten, der Bundestag solle gegen die Inhaftierung der sieben Helgoland-Fahrer durch die englischen Besatzungsstellen Protest einlegen, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende der CDU-CSU-Fraktion, Dr. Heinrich von Brentano versicherte, der Bundestag sei jedoch jederzeit bereit, die Unterdrückung der Menschenrechte in Ostdeutschland eingehend zu erörtern.

Umstellung der Renten

Vom 1. April an werden wahrscheinlich die Leistungen der vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen so ausbezahlt, wie es das kürzlich verabschiedete Umstellungsgesetz für Renten vorsieht. Im Verhältnis 1:1 sollen monatliche Leistungen bis zu 70 DM umgewertet, 2:1 die von 70 bis 100 DM; Beträge über 100 DM sollen im Verhältnis von 10:1 umgestellt werden. Ob die Verordnung rückwirkend Gültigkeit hat, ist noch nicht bekannt. Die Einbringung einer besonderen Deckungsvorlage ist von der Bundesregierung nicht beabsichtigt.

Eine Gleichstellung der vertriebenen und verdrängten Beamten sowie der ehemaligen Berufssoldaten bei Ruhe- und Wartestandsgeldern und beim Übergangsgehalt mit den Einheimischen schlug der Bundestagsausschuß für Beamtenrecht vor. Der Ausschußvorsitzende Kleindienst (CDU) erklärte vor der Presse, das Plenum werde kurz nach Ostern die zweite und dritte Beratung des diesbezüglichen Gesetzes vornehmen, um eine baldige Inkraftsetzung zu ermöglichen.

Industrie gegen Baby-Bonds

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat gegen den Erhard'schen Plan der Erhebung eines „Wiederaufbaubeitrags" beim Kauf bestimmter Waren sowie die von Finanzminister Schäffer angeregte Ausgabe von sogenannten „Baby-Bonds" in einer Eingabe an das Bundeswirtschaftsministerium ernste Bedenken geäußert. Die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen wird angezweifelt, da sie Mißtrauen gegen die D-Mark erwecken könnte und wahrscheinlich für die geplanten Sparmarken sich ein besonderer Markt bilden werde, auf dem diese als „neue Sperrmark" umlaufen und zu Störungen im Währungswesen führen müßten.

USA müssen in Europa verteidigt werden

Acheson: Keine Schwierigkeiten für den Schumanplan mehr

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson erklärte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, er habe von McCloy Nachricht erhalten, daß die Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß des Schuman-Plans entgegenstellten, überwunden worden seien.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz gab Acheson der Hoffnung Ausdruck, daß es Großbritannien möglich sein werde, mit der iranischen Regierung zu einer Vereinbarung zu kommen, damit die reichen persischen Erdölvorkommen weiterhin den Westmächten zufließen. Gleichzeitig erklärte Acheson, es sei zu hoffen, daß die Sowjetunion einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den USA über den japanischen Friedensvertrag zustimmen werde. Er sei sehr enttäuscht gewesen, als der sowjetische UN-Delegierte Malik bekannt gab, er werde die Verhandlungen mit John Foster Dulles nicht fortsetzen.

Auf Anfrage erklärte Acheson, der UN-Vermittlungsausschuß habe sich bemüht, die chinesische Regierung erneut wegen neuer Schritte zum Frieden anzugehen, doch — soweit er wisse — sei auf diese Bemühungen keine Antwort aus Peking erfolgt.

Das amerikanische Außenministerium gab bekannt, daß Unterstaatssekretär James Webb am kommenden Montag sich nach London und dann nach Paris begeben wird, um „mit amerikanischen Beamten zu konferieren, die an der Verwaltung des gemeinsamen Verteidigungsprogramms beteiligt sind, oder in der Organisation des Nordatlantik-Paktes arbeiten."

Der Vorsitzende des Außenausschusses des amerikanischen Senats, Tom Connally, begründete in der Vollsitzung des Senats die Notwendigkeit der Entsendung weiterer amerikanischer Truppen nach Europa. Er eröffnete die Aussprache darüber mit der Feststellung, daß es nur eine Frage der Zeit sei, bis die Sowjetunion über genügend Atombomben verfügt, um die USA angreifen zu können. Er forderte die sofortige Entsendung von vier weiteren Divisionen nach Europa. Die Verteidigung der USA erfordere die Hilfeleistung an das Ausland.

Connally erklärte zu den Ausführungen des ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover gegen die Entsendung von Truppen nach Europa, es handle sich nicht in erster Linie um die Verteidigung Europas, sondern um die Verteidigung der USA. Daher müsse Präsident Truman ermächtigt sein, Truppen mit oder ohne Genehmigung des Kongresses ins Ausland zu schicken.

Ein amerikanischer Regierungsbeamter teilte mit, General Eisenhower würde den britischen Feldmarschall Montgomery viel lieber zum Chef des skandinavischen oder des Mittelmeer-Landkommandos seiner Streitkräfte als zu seinem Stellvertreter ernennen. Er fügte hinzu, daß die Skandinavier Montgomery als Kommandeur in viel stärkerem Maße begrüßen würden als die Mittelmeer-Länder.

MacArthur: Kein entscheidender Sieg

Wechselnde Abwehrtaktik der Kommunisten

Tokio (UP). General MacArthur erklärte in einem Telegramm an den südkoreanischen Präsidenten Syngman Rhee, die Kommunisten hätten in Korea „keine entscheidende Niederlage" erlitten. Seoul sei von ihnen „in guter Ordnung" geräumt worden.

Die chinesischen Kommunisten haben am Freitag in dem gebirgigen Gelände zwischen Hongchon und dem 38. Breitengrad zum ersten Mal seit vier Tagen dem alliierten Vormarsch energischen Widerstand geleistet. Die Offensive der Alliierten wurde infolgedessen stark verlangsamt, dagegen setzten die Kommunisten im Osten ihren Rückzug fort. Es gelang amerikanischen Truppen, ohne auf Widerstand zu stoßen, die wichtigen Höhenzüge nordwestlich von Soksari zu besetzen.

Oberstleutnant Charles Monclar, der Kommandeur des in Korea kämpfenden französischen Bataillons, erklärte, seine Einheit habe „sehr schwere Verluste erlitten". Monclar befindet sich auf dem Wege nach Paris, wo er Freiwillige anwerben will.

Eine Vietminh-Brigade zerschlagen

Saigon (UP). Französische Streitkräfte verfolgen eine geschlagene Brigade der Vietminh-Rebellen in Mittelannam weiter nach Norden. Deren Verluste werden seit Beginn der französischen Gegenoffensive am Montag dieser Woche in einer offiziellen Erklärung mit mindestens 600 Toten angegeben.

Haftentlassungen in Brüssel? Man rechnet in unterrichteten Kreisen der belgischen Hauptstadt damit, daß der frühere Militärgouverneur von Belgien und Nordfrankreich, General von Falkenhausen, der frühere Chef der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, General Reeder und der Vorgänger von Claers als Kommandant von Lüttich, General Bertram, in Kürze aus der Haft entlassen werden. Der Wehrmachtskommandant von Lüttich während der deutschen Besetzung, General von Claer ist bereits nach Deutschland abgereist.

Der Bruder des Schahs von Persien heiratete die junge Perserin Minu Daulatschahi. Der Schah und die kaiserliche Familie waren bei der Eheschließung anwesend.

Neuer Präsident in Guatemala wurde Oberstleutnant Jacobo Arbenz als Nachfolger von Juan Jose Arevalo. Arbenz, einer der drei Anführer der Revolution von 1945, ist 37 Jahre alt. Die Amtsperiode dauert sechs Jahre.

Am Rande bemerkt

Grausamer Sport

König Georg VI. ist ein bedauernswerter Mann. Kaum ist er von seiner Erkältung genesen, da bekam er schon wieder eine kalte Dusche in Form einer geharnischten Petition, die ihm die „Liga zur Bekämpfung grausamer Sportarten" auf den Tisch knallte. Auf einem Kongreß dieses merkwürdigen Vereins wurde außerdem die britische Königsfamilie scharf kritisiert, weil sie sich angeblich für solch entsetzliche Vergnügungen „begeisterte".

Der Herzog von Edinburgh ist aber keineswegs etwa unter die Schwergewichtsboxer gegangen und sein Schwiegervater pflegt sich ebensowenig zum Zeitvertreib mit seinem Ministerpräsidenten Attlee mit geschliffenen Säbeln zu duellieren. Sondern die königliche Familie beging die ungeheuerliche Grausamkeit, auf die Jagd zu gehen. Und deshalb verlangte nun die besagte Liga, die hohen Herrschaften dürften in Zukunft keinesfalls mehr Füchse und Hirsche schießen und sich auch keine Stierkämpfe ansehen, die es übrigens in England gar nicht gibt, und es liegt auch keine Meldung vor, wonach der King eine Reise nach Sevilla im Sinne habe.

Aber immerhin: auch Könige haben Kummer, vor allem dann, wenn sie spleenige Untertanen theoretisch regieren dürfen. Fk.

Die Tänzerin und die Kronе

(Urheberrechtschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

35. Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Hast du mit ihr gesprochen?"

„Nein."

„Es war aber deine Absicht?"

„Hatte keinen rechten Mut, Bert."

„Du hättest mich sofort verständigen sollen."

„Mitten in der Nacht? Es war doch ein Uhr."

Bert schwieg.

„Willst du nicht nach Berlin fahren?" fragte Jörn.

„Ja, ich fahre."

„Heute noch?"

„Ich nehme den Mittagszug. Ich habe Kapitän Roeder für heute bestellt, du mußt mit ihm verhandeln. Wir werden es noch besprechen."

„Hatte sie dir nicht gesagt, Jul sei in Dänemark?"

„Sie nimmt es nicht so genau mit der Wahrheit, mein Lieber. Ich wundere mich nicht mehr darüber."

Jörn zuckte die Achseln: „Ob du etwas erreichen wirst? Ich glaube es nicht. Aber du kannst es ja versuchen."

„Ich muß es versuchen."

Jörn ging auf die Tür zu, Bert rief ihn zurück: „Augenblick, mein Junge. Du sollst dabei sein, wenn ich mit Nell telefoniere."

Bert nahm den Hörer ab und ließ sich mit Nell verbinden.

„Hallo, Nell, ich muß nach Berlin, schon mit dem Mittagszug. Sehr wichtige und dringende Sache. Eben habe ich ein Telegramm bekommen. Ich glaube, ich erzählte dir schon einmal von Giuseppe Forma ... das ist der Südfruchtexporteur aus Neapel. Er ist in Berlin und will mich sprechen. Konnte es ihm unmöglich abschlagen."

„Und wann kommst du zurück?" klang Nells Stimme hell aus der Muschel.

„Ich denke, schon morgen. Brake soll mir sofort die kleine Handtasche bringen. Nur Sachen für die Nacht. Er kann dann auch gleich den Wagen zurückfahren."

„Das ist ja dumm, Bert. Eben habe ich Carlos Kreuth für den Abend eingeladen."

„Du mußt ihm absagen, da kann ich nichts machen. Verschiebe es bis morgen oder übermorgen."

„Schade! Vielleicht ist er gar nicht so lange in Hamburg."

„Er wird sicher noch bleiben."

„Du hetzt dich wieder ab, Bert. Denke doch bitte an deine Gesundheit, du bist nicht ganz in Ordnung."

„Ich fühle mich heute fabelhaft."

„Glaub' es dir nicht. Auf Wiedersehen! Den Koffer schicke ich dir."

Bert legte den Hörer auf und wandte sich wieder seinem Bruder zu: „Du weißt also Bescheid, Jörn, und noch etwas: Nell soll auf keinen Fall durch dich erfahren, daß die Lorena bei mir war; ich will es nicht. Sie wird es erst hören, wenn ich zurückkomme und die Sache etwas klarer geworden ist. Sag' ihr also bitte nichts."

„Machen wir", antwortete Jörn, und jetzt müssen wir noch feststellen, wo die Lorena in Berlin absteigt."

„Ganz richtig. Könntest du nicht in das Hotel fahren, wo sie hier wohnte? Dort wird man es ja wissen."

Eine halbe Stunde später kam Jörn mit der Auskunft zurück. Auch Brake hatte inzwischen den Koffer gebracht. Bert nahm den Mittagszug nach Berlin. — — —

Gegen ein Uhr rief Jörn bei Nell an.

„Nell, ich muß unbedingt mit dir reden. Kannst du nicht in die Stadt kommen?"

„Was ist denn los?"

„Ich kann's dir unmöglich am Telefon sagen."

„Gut, ich komme bei dir vorbei."

Nell fuhr um drei Uhr mit dem Wagen in die Stadt, sie chauffierte selbst. In Berts Privatkontor hatte sie eine halbstündige Unterredung mit Jörn.

Dann fuhr sie weiter und hielt vor einem Hotel am Dammtor. Dort sagte man ihr, Kreuth habe am Vormittag das Hotel verlassen: er sei noch nicht zurückgekehrt.

Sie schrieb einige Zeilen auf und gab sie dem Portier.

Um halb fünf war sie wieder im Falken-Haus an der Elbchaussee. Eine Weile stand sie auf dem Balkon und sah auf den Strom hinunter. Es war völlig windstill. Ein großer Dampfer kam vorüber.

Sie wartete, aber es kam kein Anruf von Kreuth.

Um sechs Uhr entschloß sie sich endlich, Jörn in seiner Wohnung anzurufen. Sie bat ihn, sofort zu ihr herauszukommen. „Kreuth rührt sich nicht. Was soll ich tun? Allein möchte ich ihn auf keinen Fall empfangen, du mußt mir helfen ... Komm' doch bitte!"

„Wie du willst, Nell! Ich bin in einer halben Stunde bei dir."

20.

Als Bert am Lehrter Bahnhof ankam, lag eine fahle Dämmerung über der Stadt. Dabei war es drückend schwül. Er nahm einen Wagen und nannte das große, am Zoo gelegene Hotel. Gleich darauf begann das Gewitter. Während der Fahrt rauschte der Regen, grelle Blitze zuckten durch die Dunkelheit und dumpf grollte der Donner.

Im Hotel erkundigte sich Bert nach Conchita und auch nach Jul. Er hörte von ihrer Ankunft am Morgen des gleichen Tages. Man sagte ihm, sie wären beide im Hause.

Er nahm ein Zimmer im dritten Stock. Es hatte eine hübsche Aussicht auf den Zoo und den dahinterliegenden Tiergarten: ein grünes Gewoge von Baumwipfeln.

Das Gewitter war schon vorübergegangen, der Himmel hellte sich wieder auf. Bert öffnete das Fenster, erquickend drang die frische Luft herein.

Wenige Minuten später ließ er sich telefonisch mit Jul verbinden. Mit einigen höflichen Worten bat er um eine Unterredung.

Jul war anscheinend nicht einmal überrascht.

„Die können Sie sofort haben", antwortete er mit seiner weichen, vollen Stimme, „wollen Sie zu mir kommen? Es wäre das einfachste."

Bert war einverstanden. Langsam stieg er die Treppe hinab und klopfte an einer Tür des ersten Stockwerks. Jul öffnete und trat ins Zimmer zurück.

Bert wurde mit dem gleichen sinnenden, abwägenden Blick gemustert wie damals, als er diesem Manne zum erstenmal begegnet war, damals im Hafen von Barcelona. Jul lächelte schwach — es war das Lächeln des Melancholikers. Eine lähmende Ruhe ging von ihm aus. Sein volles, rötlich-blondes Haar wirkte zerzaust; typisch für ihn waren die sehr hellen Augenbrauen, die etwas vorstehenden Backenknochen und die breite, nachdenkliche Stirn. Seine Haltung war lässig. Er trug Reithosen und eine leichte braune Jacke. Zwischen seinen Lippen stak eine kurze Pfeife.

Fortsetzung folgt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Umschau in Karlsruhe

Südwestdeutscher Kanalverein

In Verbindung mit dem Jubiläum des 50-jährigen Bestehens des Karlsruher Rheinhafens wurde in Karlsruhe die diesjährige Mitgliederversammlung des Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Neckar Landesgruppe Baden e. V., abgehalten. Neben Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung nahmen zahlreiche Experten der Rhein-, Donau- und Neckarschiffahrt an der Tagung teil. Der Karlsruher Hafendirektor Langfritz teilte mit, daß die Feierlichkeiten aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Karlsruher Rheinhafens für die erste Juliwoche vorgesehen seien.

Gebrauchtwagenmesse in Karlsruhe

Die zweite Verkaufsmesse gebrauchter Kraftfahrzeuge in Karlsruhe ist eröffnet worden. In Verbindung mit ihr finden eine Kraftfahrzeug-Zubehörschau und eine Ausstellung historischer Fahrzeuge statt. Auf der Messe, die von den Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Südbaden und der Pfalz beschickt ist, werden rund 150 Personenwagen, 50 Lastkraftwagen, Lastwagenanhänger und Zugmaschinen sowie Motorräder aller Fabrikate angeboten.

Freunde der Stadt Karlsruhe. In Karlsruhe lebende amerikanische, französische und luxemburgische Staatsangehörige sowie Karlsruher Bürger haben unter Vorsitz des amerikanischen Kreisvertreters für Karlsruhe, Gardner, einen „Internationalen Klub der Freunde der Stadt Karlsruhe" gegründet. Der Klub will in regelmäßigen Zusammenkünften seiner Mitglieder das gegenseitige Sich-verstehen fördern und einen kulturellen Austausch auf übernationaler Basis anbahnen.

Großfeuer in Durlacher Möbelfabrik

Am Freitagabend nach 19 Uhr brach im 4. Stock der Möbelfabrik Schneider ein Feuer aus, das einen Schaden von etwa 100 000 DM anrichtete. Durch die Gase in der Spritzlackabteilung entstand eine Explosion, bei der ein Maurer leicht verletzt wurde. Fertige Möbel und Türen sowie das Furnierholzlager wurde trotz tapferen Eingreifens der Feuerwehr und der Belegschaft ein Raub der Flammen.

Aus der badischen Heimat

Tod durch explodierende Sprengkapsel

Heidelberg (lwb). In Wiesloch bei Heidelberg wurde ein 21jähriger Mann durch eine explodierende Sprengkapsel getötet. Der Mann wollte die hochexplosive Munition in seinem Garten vergraben. Die Sprengkapseln stammten aus alten Munitionsbeständen, die von einem Sprengkommando auf einem Platz in der Nähe von Wiesloch bis zur Sprengung gelagert worden waren. Man vermutet, daß Jugendliche die Sprengkapseln von ihrem Platz entfernt und auf dem Grundstück des Verunglückten liegengelassen hatten.

Jugendliches Räuberterzio festgenommen

Mannheim (lwb). Eine Räuberbande aus drei Jugendlichen im Alter von 20 und 21 Jahren, ist in den letzten Tagen von der Mannheimer Polizei festgenommen worden. Die Jugendlichen hatten vor kurzem die Kasse eines Mannheimer Weinhändlers ausgeraubt und 300 DM und verschiedene Kisten Wein aus dem Lager entwendet. Den Wein hatten sie in den im Hof stehenden Volkswagen des Händlers geladen und waren damit auf und davon gefahren. Der Wagen wurde einige Zeit später in der Nähe des Königsstuhls wieder gefunden. Die Jugendlichen trugen bei ihrem Unternehmen drei Pistolen bei sich.

Gefängnis für Altmaterialdiebe

Rastatt (lds). Wegen gemeinschaftlich ausgeführter Altmaterialdiebstähle verurteilte das in Rastatt tagende Baden-Badener Schöffengericht vier Altmaterialhändler aus Würmersheim und einen Lehrling aus Durmersheim zu Gefängnisstrafen zwischen drei und acht Monaten. Vier der Angeklagten hatten aus einem Lager in Muggensturm fast eine Tonne Lumpen gestohlen, die der fünfte in Karlsruhe für rund 400 DM verkaufte.

Ablehnung der Landarbeit

Freiburg (lds). Die Abneigung, in der Landwirtschaft Arbeit zu nehmen, ist aus den bekannten Gründen nach wie vor groß, teilt das Landesarbeitsamt in Freiburg mit. Arbeitslose verzichten lieber auf Unterstützung und nehmen Sperrfristen für die Unterstützung in Kauf. Das Amt versucht in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Landwirtschaft zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung zu kommen, um vor allem den marktleistungsstarken Betrieben diejenigen Arbeitskräfte zu vermitteln, die diese Betriebe zur Aufrechterhaltung einer intensiven Bewirtschaftung benötigen.

Grauenhafter Tod eines Müllersohnes

Überlingen (UP). Der 13jährige Müllerssohn Fischer aus Zell-Schwäblishausen bei Überlingen fand einen grauenvollen Tod in der Mühle seines Vaters, als er beim Auslegen von Rattengift in die laufende Transmission der Mühle geriet. Der Knabe wurde blitzschnell herumgewirbelt und nach und nach völlig zerstückelt. Die Schädeldecke wurde zehn Meter vom Unfallort entfernt gefunden. Das Unglück vollzog sich so rasch, daß der Junge keinen Laut mehr von sich geben konnte. Der entsetzliche Vorgang wurde erst dadurch entdeckt, daß der herumschlagende Rumpf des Getöteten mehrmals einen Mühlenarbeiter traf.

Pressestimmen zum „Blitzgesetz"

„Bundestag verletzt das Bonner Grundgesetz" – „Ein Staatsstreich"
Bundesrecht geht vor Landesrecht – „Recht vernünftiger Beschluß"

Baden-Baden (lds). Zu dem vom Bundestag im Blitztempo von drei Minuten in drei Lesungen verabschiedeten Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode der Landtage von Südbaden und Württemberg-Hohenzollern schreibt das „Badische Tagblatt":

„Mit diesem Gesetz beschwört der Bundestag eine ernste Verfassungskrise herauf. Das Grundgesetz bietet keinerlei Handhabe für einen solchen Akt. Das Gesetz ist ein Beweis für das D-Zugtempo, in dem die Bundesrepublik dem Ziel eines zentralistischen Staates zustrebt. Daß dieses Tempo die heilig sein sollende Verfassung verletzt, scheint man im Bonner Parlament gar nicht wahrgenommen zu haben."

„Die Außerkraftsetzung einer Verfassung nannte man bisher überall in der Welt einen Staatsstreich. Wir fragen den Bundestag, ob er weiß, daß er einen solchen begangen hat". Mit dieser Fragestellung kommentiert die der CDU von Württemberg-Hohenzollern nahestehende „Schwäbische Zeitung" in Leutkirch die Verabschiedung des „Blitzgesetzes". „Heute handelt es sich um eine relative Kleinigkeit. Morgen kann es die Auflösung oder Vereinigung von Ländern sein, über die der Bundestag ohne Befragung der beteiligten Bürger entscheidet, übermorgen die nachträgliche Legitimierung von Usurpatoren."

Die Zeitung „Das Volk", Freiburg, Organ der südbadischen SPD schreibt u. a.: „Der Bundestag hat einen recht vernünftigen Beschluß gefaßt. Er will der Südwestecke, deren staatliches Schicksal vor einer baldigen Lösung steht, unnötige Kosten und Aufregungen ersparen. Da Bundesrecht Landesrecht bricht, bedeutet das Gesetz, daß eine Volksabstimmung über die Verlängerung der Wahlperiode nicht mehr notwendig ist."

Der Reutlinger „General-Anzeiger" schreibt, die Volksabstimmungen seien nun ins Wasser gefallen. Man brauche deswegen nicht zu lamentieren, weil die Beteiligung an dem Referendum voraussichtlich schwach gewesen wäre. Soweit man aber die Stimmung in der Bevölkerung abschätzen könne, herrsche die Meinung vor, daß Neuwahlen einer Parlamentsverlängerung vorzuziehen seien. Weil jedoch Bundesrecht vor Landesrecht gehe, sei am Beschluß des Bundestages nicht zu deuteln.

Die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg in Freiburg bezeichnet das als eine zweckmäßige Regelung. „Nur wer an die Wirksamkeit weiterer Verschleppungsmanöver in der Ländergrenzfrage glaubt und hiervon für seine Auffassung Erfolge erwartet, wird die durchaus zweckmäßige Verschiebung der Landtagswahlen ablehnen und dies rechtfertigen können." Sie vertrete unerschütterlich die Auffassung, daß der Südweststaat in naher Zukunft zustandekommt und daß daran die Aussetzung oder Durchführung der Landtagswahlen nichts mehr ändern könne.

Wagenfriedhof der DB wird immer größer - 5 Minuten vor Zwölf

Bundesbahn-Präsident Dr. Gerteis sprach in Mannheim

Über „Aktuelle Verkehrsprobleme" sprach der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Bundesbahn, Präsident Dr.-Ing. e. h. Adolf Gerteis, auf Einladung der Stadt und der Industrie- und Handleskammer in Mannheim in Mannheim. Er betonte zunächst, daß die Bundesbahn 1950 ohne Kapitalaufwand allein durch innere Rationalisierung ihre Leistungen gegenüber 1949 beträchtlich steigern und sogar den Vorkriegsstand zum Teil habe übertreffen können. Einer Erhöhung der Zugkilometerleistungen um 13 Prozent hätten eine Verminderung des Personalaufwandes um 5 Prozent und des Kohlenverbrauches je 1000 Lokkilometer um 7 Prozent gegenübergestanden. Die Güterwagenumlaufzeit habe auf 4,2 Tage verkürzt werden können, 15 000 Güterwagen seien dadurch eingespart worden. Ferner sei eine Steigerung der Laufleistung gegenüber 1936 bei Dampflok um 18 Prozent, bei Personenwagen um 72 Prozent und bei Güterwagen um 33 Prozent erzielt worden.

Präsident Dr. Gerteis ging dann kurz auf die wirtschaftliche Lage der Deutschen Bundesbahn ein und sagte, daß die DB

1. die Beseitigung der Kriegsschäden,
2. den seit über 15 Jahren aufgelaufenen Nachholbedarf und
3. die dringend notwendig gewordene Modernisierung selbst finanzieren solle.

Derartig großen nafinfizifiellen Belastungen sei kein anderer Verkehrsträger in ganz Europa ausgesetzt. Auch die Deutsche Bundesbahn könne diese Finanzlast auf die Dauer nicht tragen.

Ein besonders ernstes Problem sei neben den Krjegszerstörungen der in den Kriegs- und Vorkriegsjahren wegen Mangel an Personal, Stoffen oder Mitteln entstandene Erneuerungsrückstau, der zu einer außerordentlichen Überalterung geführt habe. Als Erbe der Vergangenheit seien in den nächsten Jahren infolge erhöhter Ausmusterungen über das normale Maß hinausgehende Ersatzbeschaffungen unvermeidbar, wenn die Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn aufrecht erhalten werden solle. Dazu sei Fremdkapital oder eine wesentliche Einnahmeerhöhung erforderlich.

Der Redner behandelte dann insbesondere die Verhältnisse im Fahrzeugbestand und den Zustand der Fahrwege als diejenigen Teilgebiete im Betriebsapparat der Bundesbahn, die des Einsatzes von Kapital am dringendsten bedürfen. Der Zustand des Personenwagenparks gebe zu ernsten Befürchtungen Anlaß. Die Ersatzbeschaffung sei schon seit 19 Jahren unzureichend. 23 Prozent des Personenwagenparks seien älter als 40 Jahre, 500 Reisezugwagen älter als 50 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Personenwagen ausgemustern werden. Ersatz aus dem sogenannten „Friedhofsbestand" an Personenwagen zu gewinnen, sei nicht mehr möglich.

Die Zahl der einsatzfähigen Sitzplätze könne nur dann aufrecht erhalten werden, wenn in den nächsten Jahren jährlich mehrere hundert neue Personenwagen neben einer größeren Anzahl von Triebwagen und Schienenomnibussen in Dienst gestellt würden. Zur Verbesserung der Verkehrsbedienung, insbesondere auch zur besseren Bedienung des Bedienung des Berufsverkehrs, sei jedoch eine Erhöhung der Sitzplatzzahlen von gegenwärtig 930 000 auf 1 100 000 notwendig. Das sei nur durch den Einsatz zusätzlicher Mittel in Höhe von 90 Millionen DM jährlich über den normalen Ersatz hinaus zu erreichen.

Präsident Dr. Gerteis führte weiter aus, daß die Bundesbahn die Entwurfsarbeiten zu einem neuzeitlichen Einheitswagen für Eil- und Personenzüge abgeschlossen und die ersten Probewagen in Auftrag gegeben habe. Der Personenzugwagen unterscheide sich nur dadurch vom Eilzugwagen, daß er zusätzlich einen Mitteleinstieg erhält. Im übrigen handele es sich um einen vierachsigen, großräumigen Wagen von 26 Meter Länge mit Faltenbalg. Der Wagen habe 80 Sitzplätze, die auch in der 3. Klasse gepolstert sind.

Der Gesamtbestand an Güterwagen habe sich innerhalb der letzten 5 Jahre um 130 000 Güterwagen trotz eines Neuzuganges von 35 000 Wagen vermindert. Im letzten Jahre seien aus Bestellungen des Jahres 1949 nur 2000 Wagen neu zugegangen, dagegen 36 000 Wagen ausgemustert worden. Die Ausmusterung werde sich wegen des schlechten Zustandes der Güterwagen in der nächsten Zeit noch verstärken. Ohne zusätzlichen Kapitalaufwand könne die Bundesbahn die erhöhte Ausmusterung nicht durch neue Wagen voll ausgleichen.

Obwohl die Bundesbahn in den nächsten Jahren den Schadbestand auf einen friedensmäßigen Stand vermindern und etwa 7000 neue Wagen aus Eigenmitteln in Auftrag geben wird, ist ein Absinken des Bestandes an betriebsfähigen Wagen um 35 000 Fahrzeuge innerhalb der nächsten drei Jahre unausbleiblich. Damit wäre auch ein Rückzug der Höchstwagenstellzahlen von arbeitstäglich 62 000 im Januar d. J. auf 54 000 als Höchstleistung für Ende 1953 unvermeidlich. Dieser Entwicklung könne nur durch den Einsatz zusätzlicher Mittel in Höhe von 200 Millionen DM jährlich vorgebeugt werden.

Ein guter Zustand der Gleise und Schwellen bilde eine wesentliche Voraussetzung für die flüssige Betriebsabwicklung. Ein Teil der Gleise und Schwellen auch bei den Schnellzugsstrecken und Hauptstrecken des Güterverkehrs hätten die normale Nutzungsdauer weit überschritten. Als Folge dieses Zustandes habe allein innerhalb der letzten drei Monate die Länge der Langsamfahrstellen auf Hauptbahnen um 150 km zugenommen.

Präsident Dr. Gerteis schloß mit der ernsten Warnung, daß die Bundesbahn ihre in der Volkswirtschaft unentbehrliche Funktion in absehbarer Zeit nicht zu erfüllen vermöge, wenn der Schwund an Personen- und Güterwagen und der Verfall des Schienenweges nicht aufgehalten werden können. Dem deutschen Volke sei nicht zuzumuten, neben den unerläßlichen Kapitalaufwendungen für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes und neben den Kosten für die Anpassung des Straßennetzes an die wachsende Zahl der Kraftfahrzeuge auch noch die sehr hohen Beträge für den Bau von Kanälen aufzubringen.

Nach einer Erörterung über die Bedeutung der in der letzten Zeit aufgestellten Selbstkosten-Untersuchungen, ging der Präsident auf die besonderen Verkehrsprobleme des Raumes Mannheim ein. Eine Verbesserung des Berufsverkehrs erwartet Dr. Gerteis durch die fortschreitende Elektrifizierung der auf Mannheim zusammenlaufenden Strecken. Der Raum Mannheim könne jedoch erst dann mit seiner Elektrifizierung rechnen, wenn er von den Fernstrecken erreicht worden sei. Für die Wirtschaftlichkeit einer Elektrifizierung sei der Anschluß an das Fernstreckennetz unbedingte Voraussetzung. F.

In Kürze

Pforzheim. Der Kreistag des Landkreises Pforzheim wünscht, daß bei der Besetzung von Lehrerstellen auf dem Lande die Landkreiselbstverwaltung und die Gemeinden gehört werden. Dieser Wunsch ist dem Präsidenten des Landbezirks Nordbaden, Abteilung Innere Verwaltung, mitgeteilt worden. (lwb).

Pforzheim. Die Buckenbergkaserne in Pforzheim wird in Kürze von Einheiten des zweiten algerischen Spahi-Regiments belegt werden. Dies ist von einer französischen Kommission bestätigt worden, die in den letzten Tagen die Kaserne besichtigt hat. (lwb)

Lahr. Als erste weibliche Schumacherin im Bezirk der Handwerkskammer Freiburg hat Fräulein Gisela Edte aus Seelbach bei Lahr die Meisterprüfung bestanden. Die junge Meisterin ist 25 Jahre alt und hat das Schumacherhandwerk im elterlichen Geschäft gelernt. (lds)

Freiburg. Der Modejournal- und Schnittmusterverlag Ringler, Zofingen in der Schweiz, beginnt am 1. April in Denzlingen bei Freiburg mit der deutschen Produktion seiner Schnittmuster, die bisher über eine Konstanzer Vertriebsgesellschaft an rund 320 Verkaufsstellen in Deutschland geliefert wurden. (lds).

Gerichtsreferendare trafen sich. Auf einer Tagung von rund 70 Gerichtsreferendaren aus Württemberg-Baden, die dieser Tage in Ziegelhausen bei Heidelberg stattfand, nahmen bekannte deutsche Rechtswissenschaftler zu aktuellen juristischen Fragen Stellung. Professor Bender von der Universität Freiburg sprach über Okkultismus und Parapsychologie. Die Theologen Professor Thielicke, Tübingen, und Professor Hauser, Heidelberg, referierten über die Themen „Die religiöse Lage der Gegenwart" und „Der Staat als sittliches Problem".

Aus den Nachbarländern

Die schwangere Ehefrau ermordet

Ludwigshafen (ld). Unter dem Verdacht, seine im neunten Monat schwangere 27 Jahre alte Ehefrau ermordet zu haben, wurde der 26jährige Fabrikarbeiter Wagner aus Mußbach im Landkreis Neustadt/Weinstraße festgenommen. Wagner hatte in seiner Vernehmung durch die Ludwigshafener Mordkommission zugegeben, seine Frau in der Nacht im Schlafzimmer erwürgt zu haben. Er habe diesen Entschluß bereits vor zwei Wochen gefaßt, weil er keine Kinder haben wollte.

Das läßt tief blicken

Pirmasens (ld). In den Pirmasenser Buchhandlungen sind keine englischen Wörterbücher mehr zu haben. Umfangreiche Nachbestellungen mußten vorgenommen werden. Die Käufer waren fast ausschließlich weiblichen Geschlechts. Der Ausverkauf der englischen Wörterbücher ist, nach Auffassung der Bevölkerung, im Zusammenhang mit den Nachrichten entstanden, daß die französischen Truppenteile in Pirmasens durch amerikanische Einheiten abgelöst werden sollen.

Totgemeldeter gibt Lebenszeichen

Pirmasens (ldn). Die Familie Schweitzer in Lemberg bei Pirmasens erhielt dieser Tage unerwartet ein schriftliches Lebenszeichen ihres Sohnes aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Das Standesamt Berlin Mitte hatte den Eltern schon vor geraumer Zeit mitgeteilt, die Leiche ihres Sohnes Eduard sei am 5. Juni 1945 in einem Untergrundbahnschacht des Stettiner Bahnhofs in Berlin aufgefunden worden.

Saar-Sozialdemokratie für Zusammenarbeit

Saarbrücken (UP). Die Beseitigung der wirtschaftlichen Grenze zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik fordert die Kreiskonferenz der SPS. Der deutsche Markt sei für den Kohlenabsatz der Saar wichtig. Die wirtschaftliche Prosperität des Saarlandes könne nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Saar gewährleistet werden. Zur Sicherheitsfrage unterstreicht die SPS, für das Saarland könne ein Verteidigungsbeitrag so lange nicht in Betracht kommen, wie diese Frage nicht zwischen Deutschland und den Staaten des Atlantikpaktes geklärt sei. Viele Tatsachen ließen es nicht als geeignet erscheinen, daß die Sozialdemokratische Partei der Saar länger in der Regierungskoalition bleibe.

Lette erschießt deutschen Arbeiter

Heilbronn (lwb). Ein lettischer Staatsangehöriger bei einer amerikanischen Wacheinheit hat an der Heilbronner Priesterwald-Kaserne einen 23jährigen deutschen Bauarbeiter erschossen. Nach Zeugenberichten verließ der Arbeiter gegen 18 Uhr die Kaserne mit dem Fahrrad. Die Aufforderung des bewaffneten Postens, anzuhalten, soll er nicht beachtet haben. Der lettische Wachmann soll daraufhin ohne weitere Warnung geschossen haben, wobei der Arbeiter tödlich getroffen wurde.

Die übrigen Bauarbeiter haben dann zunächst die Arbeit verweigert und die Zurückziehung der ausländischen Posten verlangt. In Verhandlungen wurde zugesagt, die Posten durch Deutsche zu ersetzen. Der Bauunternehmer hat daraufhin den Arbeitern Zahlung des ausgefallenen Lohns zugesagt und sie aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dienststrafverfahren gegen Dr. Allgaier

Stuttgart (lwb). Das württemberg-badische Innenministerium hat gegen Dr. Allgaier ein förmliches Dienststrafverfahren eingeleitet und seine Suspendierung verfügt. Zum Vertreter der Einleitungsbehörde wurde Oberregierungsrat Dr. Veyhl vom württemberg-badischen Innenministerium bestellt. Der Untersuchungsführer wird von dem Vorsitzenden der Dienststrafkammer eingesetzt, bei der das Dienststrafverfahren eventuell anhängig werden wird. Er wird das Ergebnis seiner Untersuchungen der Einleitungsbehörde mitteilen, die dann zu entscheiden hat, ob gegen Dr. Allgaier das Dienststrafverfahren durchgeführt oder eingestellt wird.

50 JAHRE Erdal Seit 50 Jahren so wie heute der Begriff für richtige Schuhpflege

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Blitzlichter AUS ALLER WELT

Die erste deutsche Atom-Ausstellung
wurde in Schloß Diez an der Lahn eröffnet. Unser Bild zeigt ein Modell der Hiroshima-Bombe

Falkenhausen und seine Mitangeklagten vernahmen das Urteil
Der ehemalige deutsche Militärbefehlshaber in Belgien, General Alexander von Falkenhausen (zweite Reihe links), wurde in Brüssel zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt

Ein Omnibus wirbt für Europa
Bundespräsident Heuss und seine Gattin besichtigten einen Omnibus der „Aktion Europa"

Der Zapfentopf spart Zeit und Gas
denn er hat einen Boden aus einer Menge kleiner Zäpfchen, die mehr Hitze aufnehmen

Dieses „Kätzchen" fängt keine Maus
Jacqueline Giovanni weiß nicht, ob sie Tänzerin oder Studentin werden soll

Stahlrohrtribünen für 50 000
werden für das Fußballspiel Schweiz — Deutschland am 15. April in Zürich gebaut

Den Gipfel der Geschmacklosigkeit
stellen dieses Dornenhalsband und die Ohrenclips dar, die als „Passionsschmuck" angeboten werden

Mordbrandstifter des Nordens gefaßt
Dieser Norweger ermordete zwei Flieger, die ihn suchten, und zündete mehrere Berghütten an

Empfang beim Apostolischen Nuntius in Bad Godesberg
Bundeskanzler Dr. Adenauer wird von Erzbischof Dr. Alois Münch bei einem Empfang begrüßt, den der bisherige Regent der Apostolischen Nuntiatur in Bad Godesberg gab

Ein Prediger für die Weltregierung
Salkazanow wollte der Pariser Konferenz den Plan einer Weltregierung vorlegen

Dreitausend Wohnungen für Bundesbedienstete in Bonn
Unterhalb des Venusberges sind im April neue Wohnungen für Bundesbeamte beziehbar. Dieser südlichste Stadtteil soll vorwiegend Wohngegend der Bundesbeamten werden

„Symmetrisches" Auto in Tonnenform mit Schiebetüren
Die Kraftübertragung des 1100-ccm-Simca-Motors erfolgt über einen elektrischen Generator der die vier Räder einzeln antreibt. Der neuartige Wagen ist in Paris ausgestellt

Bilder: gpi